

Beschluss Für eine klima- und energiepolitische Wende!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 04.07.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Inhaltliche Anträge

1 Für eine klima- und energiepolitische Wende!

2 Die Klimakrise bedroht in nie dagewesener Weise unsere Lebensgrundlagen und
3 schon heute leiden viele Menschen, insbesondere im Globalen Süden, unter ihren
4 Folgen. Uns bleiben nur noch wenige Jahre Zeit, um die Erderwärmung auf ein
5 "erträgliches" Maß einzudämmen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Die
6 Klimakrise ist längst zu einer sozialen Krise geworden. Jene, die am wenigsten
7 Schuld tragen, leiden am stärksten. Wir wollen Klimagerechtigkeit. Dafür ist die
8 Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens unabdingbar.

9 Um dieses Ziel mit ausreichend hoher Wahrscheinlichkeit zu erreichen darf
10 weltweit nur noch eine Menge von 420 Gt CO₂-Äquivalenten ausgestoßen werden. Auf
11 Deutschland entfällt dabei ein Anteil von 3,1 Gigatonnen - Stand Anfang 2019.
12 Bei den momentanen durchschnittlichen, jährlichen Emissionen von ca. 0,8 Gt pro
13 Jahr in Deutschland wäre dieses Budget bald aufgebraucht. Für die Einhaltung
14 dieses weltweiten Treibhausgasbudgets sind eine sofortige Verringerung des
15 jährlichen CO₂-Ausstoßes und eine schnelle Transformation hin zur
16 Klimaneutralität zwingend. Sachsen muss spätestens bis zum Jahr 2030
17 klimaneutral werden.

18 Das Pariser Klimaabkommen ist Völkerrecht und damit auch für Sachsen bindend.
19 Wir erwarten, dass sich die sächsische Staatsregierung daran hält und alles
20 nötige unternimmt um dieses Ziel zu erreichen. Für alle neuen Gesetze und
21 Gesetzesänderungen muss der Klimavorbehalt gelten: Gesetze, die den Weg zur
22 Klimaneutralität versperren, dürfen nicht verabschiedet werden. Im Bundesrat
23 muss sich Sachsen konsequent für Klimaschutz einsetzen, z. B für die Einführung
24 eines CO₂-Preises, der den tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten entspricht.

25 Für uns ist klar: Wir werden das Klima nur durch einen Systemwandel retten
26 können. Künftige sächsische Klimaschutzprogramme und -maßnahmen dürfen deshalb
27 nicht nur technische Maßnahmen enthalten, sondern müssen den
28 Systemwandelbefördern .

29 Die in diesem Antrag beschriebenen Maßnahmen sind aus unserer Sicht
30 unverzichtbar für den Beginn einer Transformation hin zur Klimaneutralität. Wir
31 fordern die sächsische Staatsregierung auf, diese Maßnahmen umzusetzen und in
32 der anstehenden Novelle des Energie- und Klimaschutzprogramms festzuschreiben.
33 Wir erwarten konkrete Festlegungen und Ziele der sächsischen Regierung im
34 Energie- und Klimaschutzprogramm. Die Ziele dürfen dabei nicht rein auf den
35 Energiesektor beschränkt bleiben, sondern müssen selbstverständlich alle
36 Sektoren umfassen.

37 1. Dekarbonisierung des Stromsektors

38 Der Stromsektor ist in Sachsen der größte THG-/CO₂-Verursacher. Gleichzeitig ist
39 er auch derjenige Sektor, der am einfachsten zu dekarbonisieren ist, weshalb
40 dies am schnellsten geschehen muss. Sachsen hat genügend Potentiale, um den

41 Eigenbedarf an Strom mit Erneuerbaren Energien decken zu können und darüber
42 hinaus auch noch exportieren zu können.

43 Braunkohleausstieg

44 Ein großer Teil der Energie in Sachsen wird heute noch auf Basis von Braunkohle
45 gewonnen. Diese Energieproduktion ist extrem ineffektiv und stößt
46 unverhältnismäßig viel CO₂ aus.

47 Wir fordern deshalb den klimapolitisch notwendigen Braunkohleausstieg bis 2025
48 in Sachsen. Wir müssen jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Ausstieg
49 zu diesem Zeitpunkt möglich wird.

50 Um dieses Ziel zu erreichen ...

51 ... muss sich die sächsische Regierung im Bundesrat konsequent für einen
52 Kohleausstieg bis 2025 einsetzen.

53 ... müssen die ineffizientesten und klimaschädlichsten Kraftwerke sofort
54 abgeschaltet werden.

55 ... darf es keinerlei neue Genehmigungen für neue Tagebauflächen geben. Bisherige
56 Genehmigungen, die die Einhaltung des CO₂-Budget verhindern, müssen wieder
57 entzogen werden.

58 ... eine Bestandsgarantie sowohl für Pödelwitz in Mitteldeutschen
59 Braunkohlerevier, als auch für Mühlrose in der Lausitz. Wir solidarisieren uns
60 mit allen Menschen, die sich für den Erhalt der Dörfer einsetzen.

61 ... vollumfängliche und sofort zu leistende Sicherheitsleistungen für die Kosten
62 der späteren Wiedernutzbarmachung von den Tagebaubetreibern.

63 ... muss das Land Sachsen sofort die Erhebung von Wasserentnahmeentgelten und
64 Förder- und Feldesabgaben von Tagebauen in Anspruch nehmen.

65 Ausbau Erneuerbarer Energien

66 Wir brauchen einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien,
67 Speicherkapazitäten und der Stromnetze um zukünftig eine ausreichende und
68 grundlastfähige Energieversorgung sicherzustellen.

69 Im Zentrum steht dabei der massive Ausbau neuer Solar- und Windenergieanlagen,
70 sowie die Erneuerung und Repowering bestehender Anlagen, um die durch den
71 Braunkohleausstieg wegfallenden Stromerzeugungskapazitäten zu kompensieren und
72 darüber hinaus Mehrbedarfe durch die verstärkte Sektorkopplung abdecken zu
73 können.

74 Wir fordern dazu die folgenden Maßnahmen:

75 ... ein optimalerweise etwa gleich verteilter Ausbau von Photovoltaik- und
76 Windenergieanlagen, sodass diese sich in ihren Eigenschaften optimal ergänzen
77 können.

78 ... den Abbau rechtlicher, bürokratischer Hürden und die Schaffung zusätzlicher
79 Anreize, Förderungen und Hilfen zur Beschleunigung des Ausbaus. Eine
80 naturschutzkonforme Planung und die Beachtung ökologischer Belange ist dabei für
81 uns selbstverständlich.

82 ... die schnellstmögliche Ausweisung von ausreichend Flächen für den Bau von
83 Windkraftanlagen durch regionalen Planungsverbände, um einen 1,5-Grad-konformen
84 Ausbau zu ermöglichen.

85 ... keinerlei pauschale Abstandsregelungen und Verbote für Windkraftanlagen im
86 Wald zu erlassen. Pauschale Regelungen sind nicht zielführend, da sie die
87 örtlichen Gegebenheiten vollkommen außer Acht lassen.

88 ... die Beteiligung der Bürger*innen und Kommunen im Planungsprozess, um gezielt
89 auf die örtlichen Gegebenheiten eingehen zu können und die Akzeptanz vor Ort zu
90 sichern.

91 ... eine finanzielle Beteiligung der Kommunen über eine Gewinnabgabe und eine
92 einfache Möglichkeit für Bürger*innen durch Anteile an Windenergieanlagen, z.B.
93 über Genossenschaften finanziell zu profitieren.

94 ... die Ausschöpfung der Möglichkeiten in brachliegenden ehemaligen Tagebauflächen
95 großflächige Windparks und Solarparks zu errichten.

96 ... die Förderung von Agrophotovoltaik, um den flächenhaften Ausbau von
97 Photovoltaik-Energie in Einklang mit den Interessen der Landwirtschaft zu
98 bringen, den Flächenverbrauch zu minimieren und für Landwirt*innen finanzielle
99 Anreize zu schaffen.

100 ... massive Förderprogramme für kleine Solaranlagen inklusive kleiner, dezentraler
101 Speicher, um das Potential von Photovoltaik auf bebauten Flächen wie Dächern
102 ausschöpfen zu können.

103 ... eine Vereinfachung der Grünstromvermarktung generell und insbesondere für
104 Kleinsterzeuger*innen erheblich vereinfachen.

105 ... nachhaltig und sichere finanzielle Unterstützung der Forschung an neuen
106 Technologien zur Erhöhung der Effizienz und Beschleunigung des Ausbaus
107 Erneuerbarer Energien.

108 Zur Sicherstellung einer sicheren Stromversorgung muss der Ausbau Erneuerbarer
109 Energien vom Ausbau der Speicherkapazitäten und der Netze flankiert werden.
110 Eine möglichst dezentrale und öffentliche Energieversorgung ermöglicht ebenso
111 wie eine verstärkte Sektorkopplung flexibel auf Schwankungen der Stromerzeugung
112 zu reagieren und damit Versorgungssicherheit zu garantieren.

113 Stromversorgung als öffentliche Daseinsvorsorge

114 Die Energiewende muss ein umfassender Umbau sein und auch zur Demokratisierung
115 des Stromsektors genutzt werden. Bürger*innenenergie und die Rekommunalisierung
116 sind maßgeblich dafür. Stromversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge nicht zur
117 Profitmaximierung von Konzernen gedacht.

118 Wir fordern das Land auf, kommunale Projekte und Projekte von Bürger*innen
119 finanziell massiv zu unterstützen.

120 2. Verkehrswende

121 Im Verkehrssektor stammt immer noch ein großer Teil der Energie aus fossilen
122 Quellen. Jegliche Effizienzsteigerung wird dabei durch eine Erhöhung des
123 Verkehrsaufkommens zunichte gemacht. Aus diesem und anderen Gründen sind im
124 Verkehr keine nennenswerten Emissionseinsparungen zu beobachten. Im Kampf gegen

125 die Klimakrise und für klimafreundliche Mobilität für alle fordern wir deshalb
126 innerhalb dieser Legislaturperiode:

127 ... die Verringerung der Entfernungen die zum Erreichen alltäglicher Ziele
128 zurückgelegt werden müssen, v. a. im ländlichen Raum.

129 ... den Stopp von Straßenneu- und Ausbauprojekten um ein weiter erhöhtes
130 Verkehrsaufkommen zu vermeiden.

131 ... keinerlei neue Anreize für Straßengüterverkehr zu schaffen und stattdessen den
132 Ausbau von Schienengütertrassen mit Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen
133 voranzutreiben.

134 ... die schnellstmögliche Elektrifizierung aller sächsischer Bahnstrecken.

135 ... die schnellstmögliche Einstellung des innerdeutschen Flugverkehrs von und zu
136 den Flughäfen Leipzig/Halle und Dresden.

137 Um den Menschen in Sachsen eine gute Alternative zum motorisierten
138 Individualverkehr zu bieten fordern wir für den Öffentlichen Verkehr:

139 ... eine groß angelegte Reaktivierungsoffensive von Bahnstrecken.

140 ... abseits von Bahnstrecken den Ausbau des PlusBus-Netzes.

141 ... die Bedienung aller Orte in Sachsen mit dem ÖPNV von 05-24h mindestens im
142 Stundentakt.

143 ... auf landesbedeutsamen Verbindungen mindestens einen Halbstundentakt.

144 ... die Anbindung des Raums Chemnitz an den Fernverkehr durch Ausschreibungen von
145 Fernverkehrsleistungen durch den Freistaat Sachsen.

146

147 ... eine Preispolitik im ÖPNV, die ihn zum bezahlbaren Fortbewegungsmittel für
148 alle machen kann.

149 Zur Stärkung des Radverkehrs in Sachsen fordern wir:

150 ... den (Aus-)Bau von sicheren Radwegen an allen ortsverbindenden Staatstraßen.

151 ... den schnellstmöglichen Bau von sicheren Radschnellwegen in den Ballungsräumen.

152 ... Priorisierung des Fahrrads als Mittel der Wahl im Individualverkehrs auch
153 durch Förderungen z. B. von Lastenfahrrädern.

154 3. Wärme

155 Wärme macht einen Großteil des Gesamtenergieverbrauchs in Sachsen aus. Die
156 erheblichen Einsparpotentiale im Bereich Wärme müssen daher zügig genutzt
157 werden.

158 Daher fordern wir für den Wärmesektor noch in dieser Legislaturperiode:

159 ... eine umfangreiche finanzielle Förderung für die energetische Gebäudesanierung
160 (Verbesserung der Dämmung, Austausch von Heizsystemen, usw.).

161 ... bei Neubauten den Passivhausstandard als energetischen Mindeststandard
162 festzulegen.

163 ... konsequente Abwärmenutzung beispielsweise aus Industrieprozessen und
164 Rechenzentren.

165 ... eine erhebliche Einsparung des Wärmeenergiebedarfs von Wohnhäusern mit Hilfe
166 von Solarthermieanlagen auf Dächern, z.B. durch ein Landesförderprogramm.

167 ... die verstärkte Nutzung von Wärmepumpen und oberflächennaher Geothermie.

168 ... eine Verringerung der beheizten Wohnfläche pro Person anzustreben, z.B. durch
169 die Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen.

170 ... das Schaffen einer besonderen Vorbildfunktion staatlicher Gebäude (wie
171 Behörden, Universitäten, Schulen, Ministerien) durch hohe Wärme- und
172 Energiestandards.

173 4. Industrie

174 In der sächsischen Industrie, insbesondere der Stahl- und Chemieindustrie, aber
175 auch im Bauwesen, entstehen große Mengen an Treibhausgasen, welche nicht durch
176 eine Umstellung auf erneuerbare Energien direkt vermieden werden können. Ursache
177 sind einerseits die benötigte Prozessenergie, andererseits die durch die
178 chemischen Prozesse freiwerdenden prozessbedingten Emissionen. Viele weitere
179 Industriezweige, in Sachsen insbesondere die Automobilindustrie sowie der
180 Maschinen- und Anlagenbau sind auf die Rohstoffe aus diesen Produktionen
181 angewiesen. Wir fordern:

182 ... nur Technologien zu fördern, welche eine Reduktion der Treibhausgasemissionen
183 bewirken.

184 ... die Forschungsförderung von klimaschonenden Alternativen in der
185 Rohstoffproduktion wie dem Einsatz von Wasserstoff in der Stahlreduktion.
186 Sächsische Unternehmen, die als Nachfolger solcher Rohstoffe Einfluss auf die
187 Produktionsweise nehmen können, müssen im Rahmen von Förderprogrammen, etc. über
188 Auflagen und Vereinbarungen dazu verpflichtet werden nur noch durch nachhaltig
189 produzierte Herstellungsverfahren produzierte Rohstoffe einzusetzen.

190
191 ... den zügigen Ersatz umweltschädlicher Materialien wie Beton durch CO₂-
192 neutrale Ersatzstoffe, wie beispielsweise Holz als Baustoff. Das Land Sachsen
193 muss hier entsprechende Regelungen und Anreize schaffen, die die Verwendung
194 umweltschädlicher Materialien bestrafen und nachhaltige Ersatzstoffe bevorzugen.

195 ... den CO₂-Ausstoß in der Produktion sämtlicher Produkte und Dienstleistungen
196 durch eine Kennzeichnungspflicht auszuweisen.

197

198 ...die Steigerung der Ressourceneffizienz und konsequente Kreislaufwirtschaft
199 gerade im Bereich der Rohstoffe. Dadurch könnten bis zu 50% des heutigen Bedarfs
200 an Primärmaterialien vermieden werden.

201 ... bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist grundsätzlich die klimafreundlichste
202 Alternative zu bevorzugen.

203 5. Landwirtschaft

204 Die Landwirtschaft hat die größte Flächennutzung in Sachsen und trägt mit
205 erheblichen Treibhausgasemissionen zum Klimawandel bei, obwohl die
206 Landwirtschaft durch Dürren und Wetterextreme stark von Klimaveränderungen

207 betroffen ist. Die heutigen Strukturen in der Landwirtschaft entsprechen weder
208 den Interessen der Landwirtschaftsbetriebe, noch denen der Verbraucher*innen
209 oder den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes.

210 Wir fordern deshalb:

211 ... nur ökologische Landwirtschaft zu fördern. Sie sichert Bodenqualität und
212 Biodiversität.

213 ... Abbau bürokratischer Hürden zur Beantragung von Förderungen.

214 ... Reduktion von Produktion und Konsum tierischer Produkte im Sinne von Klima-
215 und Ressourcenschutz.

216 ... die Minimierung sowie langfristig ein Verbot konventioneller Tierhaltung.
217 Zusätzlich darf diese keinerlei Fördergelder mehr erhalten.

218 ... die Unterstützung einer rein pflanzlichen Ernährung durch standardmäßige
219 Verfügbarkeit in öffentlichen Kantinen. Nur eine regionale bio-vegane
220 Ernährungsweise ist global nachhaltig und gehört standardmäßig gefördert.

221 ... frühzeitige Aufklärungsarbeit über Umwelt- und Klimafolgen von Tierproduktion
222 und -konsum bereits in Schulen und Kitas .

223 ... die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

224 ... die Existenzsicherung kleiner regionaler Höfe.

225 ... einen angemessenen Verkaufspreis, welcher bei den bei den Produzent*innen
226 ankommt.

227 ... die Förderung des regionalen Futtermittelanbaus im Zuge einer Reduktion der
228 Tierhaltung, um lange Transportwege und die Rodung von Regenwald im globalen
229 Süden zum Futtermittelanbau zu verhindern.

230 ... die Erneuerung des Grundstückverkehrsgesetz in Sachsen, um den Erwerb
231 landwirtschaftlicher Nutzflächen durch internationale Agroinvestor*innen zu
232 verhindern.

233 ... den Umbau von Biogasanlagen zu fördern, sodass Energie aus der Vergärung von
234 Wirtschaftsdüngern und Reststoffen gewonnen wird. Keine Nutzung von Pflanzen,
235 welche eigens dafür angebaut werden müssen.

236 ... die Wiedervernässung von Mooren sowie die Aufforstung von Wäldern. Dies ist
237 essenziell für CO₂- Kompensation und Negativemissionen.

238 ... Förderung von Humusaufbau durch Vorgabe einer standort- und betriebsgerechten
239 Mindestfruchtfolge, die auch humusmehrende Feldfrüchte verwendet.

240 6. Die Klimakrise als Systemkrise

241 Zuerst braucht es ein sofortiges Ende aller klimaschädlicher Investitionen,
242 Subventionen und Förderungen. Das Land Sachsen muss alle Beteiligungen
243 offenlegen und mit aktivem Divestment jegliche finanzielle Mittel aus fossilen,
244 klimaschädlichen Beteiligungen abziehen.

245 Je weniger Energie verbraucht wird, desto einfacher ist Klimaneutralität zu
246 erreichen. Klimaschutzpolitik sollte also immer auch die Verringerung des
247 Energieverbrauches zum Ziel haben.

248 In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das nicht ohne Wachstum
249 funktioniert, ist dies jedoch nicht möglich. Effizienzgewinne lassen sich nur in
250 begrenztem Maße erreichen und werden durch erhöhten Konsum aufgefressen.

251 Wir fordern deshalb eine Abkehr vom fossilen Kapitalismus hin zu einer
252 Wirtschaftsweise und Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und den
253 natürlichen Grenzen unseres Planeten orientiert.

254 Diese Transformation ist eine gesellschaftliche, der Staat kann sie nicht
255 verordnen, sondern muss die kommenden tiefgreifenden Veränderungen begünstigen
256 statt sie zu blockieren.